

# Im Schatten des Ersten Weltkrieges – Das Demokratieexperiment von Weimar

1919 – 1933

## Das kurze Demokratieexperiment von Weimar und die neue Berufspolizei

Die Anfangsjahre der ersten deutschen Republik stehen ganz im Schatten des Ersten Weltkrieges. In der revolutionären Situation Ende 1918/ Anfang 1919 sichern *Freikorps* und Freiwilligen-Formationen aus zurückkehrenden Heeresverbänden die Macht der Regierung Ebert. Freikorps und Freiwilligen-Formationen werden im Verlauf des Jahres 1919 vielfach komplett in die militärisch strukturierte *Sicherheitspolizei* überführt, die nach der Unterzeichnung des *Versailler Vertrages* im Juni 1919 neben der *Ordnungspolizei* zum wesentlichen Garanten für die innere Sicherheit der sich in diesem Jahr konstituierenden *Weimarer Republik* wird. Dass insbesondere in der Sicherheitspolizei nicht unbedingt das Bewusstsein vorherrscht, Exekutivorgan eines demokratischen und republikanischen Gemeinwesens zu sein, zeigt sich spätestens beim rechtsextremistischen Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920, dessen Scheitern zuallerletzt der indifferenten Haltung der Sicherheitspolizei zuzuschreiben ist. Nicht wenige Offiziere der Sicherheitspolizei machen aus ihrer Sympathie und offenen Unterstützung für die Putschisten keinen Hehl. Der nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch eingesetzte sozialdemokratische Innenminister Carl Severing versucht, eine Säuberung des Offizierskorps von reaktionären und rechtsradikalen Elementen durchzuführen. Doch auch nachdem die Sicherheitspolizei aufgrund der alliierten Note von Boulogne im Juni 1920 aller paramilitärischen Elemente entkleidet und in die Schutzpolizei umgewandelt wird, bleibt ein Großteil des Offizierskorps trotz der Severing'schen Bemühungen reaktionär, antidemokratisch und nicht selten ganz offen antirepublikanisch eingestellt.

Immense Kriegsschulden und die schier unermesslichen Reparationslasten aus dem Versailler Vertrag destabilisieren die junge Republik wirtschaftlich und politisch mehr und mehr. Die dazu einsetzende sprunghafte Geldentwertung (*Hyperinflation*) führt zu großer wirtschaftlicher Not der Bevölkerung. In dieser schwierigen innenpolitischen Situation ist die Republik der ständigen Gefahr von nationalistischen oder kommunistischen Umsturzversuchen ausgesetzt. Dies rechtfertigt für *Severing* die weiterhin verbandspolizeiliche Ausrichtung der neuen Schutzpolizei, die ihre militärischen Qualitäten dann z. B. auch bei der Niederschlagung des Mitteldeutschen Aufstandes 1921 oder beim Hamburger Oktoberaufstand 1923 unter Beweis stellt. Zwar kann die Schutzpolizei sich so als innenpolitischer Konfliktlöser gegenüber dem Militär erfolgreich profilieren, doch verstärken diese Erfolge gleichzeitig auch Mentalitäten, Habitus und Problemlösungsverhalten der Weimarer Polizei weiter in Richtung militärischer Konfliktlösungsstrategien, die aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte sowieso schon immer stark im Vordergrund standen.

Der preußische Innenminister und langjährige Reichsminister des Innern, *Carl Severing*, bemüht sich auch in den Folgejahren weiterhin um eine zivile Ausrichtung der Polizei. Sein Leitbild für die Polizeipraxis ist das Konzept einer Polizei als Lebensberuf (*Profession*). Diese Profession gründet

sich auf eine fundierte, deutlich erweiterte Ausbildung, die in eine dreistufig gegliederte *Einheitslaufbahn* einmündet. Die zunehmende Differenzierung polizeilicher Arbeitsfelder und die damit einhergehende Spezialisierung z. B. bei der Ermittlungstätigkeit ist für die Herausbildung einer modernen Polizeiwissenschaft förderlich, deren Ergebnisse und Erkenntnisse nun auch in Fachzeitschriften diskutiert und verbreitet werden. Insbesondere die Kriminalpolizei setzt den Modernisierungsprozess ihrer Methoden konsequent fort und etabliert sich endgültig als eigenständiger Zweig der Polizeiorganisation.

Potsdam und Berlin werden Mittelpunkt dieses Neuansatzes mit der Einrichtung zentraler Bildungsstätten. Mit dem Polizei-Institut in Berlin-Charlottenburg erwächst der Polizei eine zentrale Aus- und Fortbildungsstätte für Polizeioffiziere, die gleichfalls auch den internationalen Erfahrungsaustausch durch Kontakte zu ausländischen Polizeien vorantreibt.

Die Erhöhung der Planstellen für die Schutzpolizei in Preußen auf über 80.000 Beamte führt zu einem gravierenden Anstellungs- und Versorgungsproblem für die Republik. Während die Offiziere der Schutzpolizei grundsätzlich in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen werden, befindet sich die Mehrzahl der Wachtmeister in einem 12jährigen Dienstverhältnis, aus dem sie anschließend in andere Zweige des öffentlichen Dienstes übernommen werden sollen. Diese Form der Zivilversorgung ist jedoch aufgrund der desolaten Lage der öffentlichen Haushalte und der praktisch permanenten Wirtschaftskrise der Weimarer Republik nicht durchzuhalten. Ab Mitte der 20er Jahre beginnt sich ein Versorgungsdebakel abzuzeichnen, durch das Tausende von ehemaligen Wachtmeistern in die Arbeitslosigkeit entlassen werden und für den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt nur unzureichend qualifiziert sind. Dies führt zu einer nachhaltigen Erschütterung der Loyalität unter den Wachtmeistern und verschafft z. B. dem nationalsozialistischen Polizeibeamtenverband ständigen Zulauf. Auch im Offizierskorps der Polizei tritt die von Anbeginn an latent vorhandene antidemokratische und antirepublikanische Haltung immer mehr zu Tage und spiegelt sich in Skandalen und ganz offenen Insubordinationshandlungen von Polizeioffizieren wider.

Bei kritischer Würdigung der polizeilichen Aufbauleistung Severings muss man daher anmerken, dass ein Gutteil seines Konzepts gescheitert ist. Trotz aller gewollten Abgrenzung zum Militär bleibt die Polizeipraxis weiterhin von einer militaristischen Mentalität bestimmt und der politischen Führung gelingt es nicht, demokratisches Gedankengut und aktives Eintreten für die republikanische Staatsordnung fest in der Polizeiorganisation zu verankern. Darin unterscheidet sich die Polizei aber auch nicht von der übrigen Verwaltung und Justiz der Weimarer Republik, deren mangelnde Loyalität als ein nicht unerheblicher Grund für die Instabilität der Republik angesehen wird.

Die Weimarer Reichsverfassung von 1919 ist Ausdruck einer „improvisierten Demokratie“. In der Krise des Parteiensystems seit Mitte der 1920er Jahre treten ihre strukturellen Mängel deutlich zu Tage. Ökonomische Faktoren (*Weltwirtschaftskrise* ab 1929), ungezügelter politischer Taktieren der Parteien und der bereits angesprochene mangelnde Rückhalt in Polizei, Verwaltung und Justiz besiegeln schließlich 1932/33 das Scheitern der ersten deutschen Republik.